

9 Zahlen und Statistiken in der öffentlichen Repräsentation

Für Latour bilden die Männer und Frauen auf der Straße sowie die Reporter*innen und Expert*innen die Öffentlichkeit (2006, 127). Ich konzentriere mich hier auf eine Öffentlichkeit, wie sie über verschiedene Medien (z.B. Zeitungen, Blogs) von Journalist*innen und Kommentator*innen hergestellt wird. Ich stütze mich im Besonderen auf Beiträge, die die veröffentlichten Ergebnisse der Immobilienvermögenserhebung der OeNB aufgreifen, interpretieren und kommentieren. Diese Ergebnisse werden dazu benutzt, um Aussagen über Österreich treffen zu können. Sie haben also gleichsam wie die Praktiken der Forscher*innen einen epistemischen Effekt.

Grundlage für diese veröffentlichten Beiträge sind die Zahlen, Statistiken und Aussagen, die über Berichte und Artikel in eine Form gegossen werden, die von den Tischen der Forscher*innen auf die Tische der Journalist*innen, Kommentator*innen, Blogschreiber*innen und auch Leser*innen gelangen können. Darüber werden sie zu Objekten, die die Arbeit der Forscher*innen repräsentieren sollen, ganz im Sinne von Latours und Woolgars *Immutable Mobiles* (1986). Daher stehen in diesem Kapitel folgende Fragen im Zentrum: Wie verändern sich die Objekte, wenn sie die Tische der Forscher*innen verlassen und die Arena (Clarke 2005, 65ff) der öffentlichen Berichterstattung und Meinungsbildung betreten? Was fällt dabei weg? Was kommt hinzu? Welche Verknüpfungen zu ihren Produzent*innen und zum Ort ihrer Herstellung bleiben bestehen und welche werden gekappt? Die Arbeit von Journalist*innen, Interessenvertretungen oder sozialpolitischen Organisationen verändern die Modalitäten der Zahlen, Statistiken und Aussagen. Die Zahlen und Statistiken werden für die eigenen Betätigungen und Ziele nutzbar gemacht, indem Information hinzugefügt und andere weggelassen werden. Damit berührt das Kapitel Themen, die in der Wissenschaftsforschung unter dem Begriff des *public understanding of science* und der Koproduktion diskutiert werden.

9.1 Modalität und das Argumentieren mit Zahlen und Statistiken

Was geht verloren und was kommt hinzu, wenn Statistiken, Zahlen und Aussagen aus der Kontrolle der Forscher*innen der OeNB entlassen und von anderen Akteur*innen aufgegriffen und in anderen Kontexten eingebunden werden? Dieser Frage gehe ich anhand einer Aussage nach, die sich in mehreren Artikeln verschiedener Zeitungen, auf Blogs und in unterschiedlichen argumentativen Zusammenhängen wiederfindet und die besagt, dass die obersten 10 Prozent der österreichischen Haushalte 61 Prozent des Immobilienvermögens besitzen. Diese Aussage wurde in der Berichterstattung und der öffentlichen Auseinandersetzung zu einer zentralen Aussage der Immobilienvermögenserhebung hochstilisiert. Veröffentlicht wurde sie zum ersten Mal im Sozialbericht 2009-2010 (Andreasch u.a. 2010).¹ Darin widmet sich ein ganzes Kapitel dem Thema der Vermögensverteilung in Österreich. Es wurde von drei Forscher*innen der OeNB verfasst, die an den Vermögenserhebungen beteiligt waren. In der Einleitung des Kapitels geben sie an, auf welchen Daten die Zahlen basieren. Sie bieten außerdem eine Definition von Immobilienvermögen in der Erhebung an und gehen in einer Fußnote auf mögliche Designeffekte der Erhebung ein. Auch heben sie hervor, bestimmte Zahlen würden nur durch die Art der Gestaltung der Erhebung diese Ausprägung erhalten und müssten daher von anderen Zahlen und Statistiken (z.B. von *Statistik Austria*) notwendigerweise abweichen (2010, 246). Die zusammenfassende Schlussfolgerung des Kapitels leiten sie mit dem Satz ein: »Bezüglich der Daten zum Vermögen privater Haushalte in Österreich gibt es keine Transparenz. Die statistische Situation stellt sich als unbefriedigend dar.« (2010, 253) Dieses Problem sei, wie sie weiter ausführen, durch die Erhebung der OeNB nur bedingt gelöst worden, denn:

»Die Resultate der Erhebungen der OeNB kommen aus der einzigen in Österreich verfügbaren Datenquelle, die Aussagen zur Vermögensverteilung erlaubt. Das Problem einer mangelnden statistischen Erfassung der Reichen wird fortbestehen, da der obere Rand der Vermögensverteilung wissenschaftlich weitgehend unerforscht ist.« (2010, 253)

Obwohl dies nur einen Teil der methodischen Reflexionen wiedergibt, denen die Autor*innen in anderen Veröffentlichungen ausführlicher nachgehen

1 Für eine genauere Darstellung des Sozialberichts 2009-2010 siehe das Kapitel »Binglieder oder Knoten«.

(siehe z.B. Fessler u.a. 2009), verleihen allein diese den präsentierten Zahlen und Statistiken eine gewisse Bestimmtheit. Die präsentierten Zahlen und Statistiken sind unter bestimmten Bedingungen gültig und besitzen eine spezifische, nicht aber eine allgemeingültige Aussagekraft. Das gilt auch für die Aussage, die von mehreren Journalist*innen und Kommentator*innen aufgegriffen wurde und im Sozialbericht so zu finden ist:

»Die Konzentration bei der Immobilienvermögensverteilung ist beträchtlich. Das oberste Fünftel hält 75 % des gesamten Immobilienvermögens und die Top-10 % besitzen 61 %.« (Andreasch u.a. 2010, 248)

Die Presseaussendung der Parlamentskorrespondenz zum Sozialbericht 2009-2010 greift die Aussage allerdings nicht auf, lenkt aber die Aufmerksamkeit auf den Sozialbericht und das Kapitel zur Vermögensverteilung. Sie leitet die Kurzzusammenfassung des Kapitels zur Vermögensverteilung mit der Überschrift »Unzureichende Daten bezüglich Vermögenssituation privater Haushalte« ein und verweist in den ersten Sätzen auf das Problem, dass vor allem die hohen Vermögen nicht ausreichend statistisch erfasst werden konnten. Die wichtigsten Aspekte der Verteilung von Immobilienvermögen in Österreich fassen sie so zusammen:

»Die Immobilienvermögensungleichheit ist in Österreich beträchtlich: So halten die obersten zehn Prozent 37 % an den gesamten Immobilienwerten in Hauptwohnsitzen und 85 % des gesamten weiteren Immobilienvermögens. Vor allem Erbschaften führten hier zu einer Verfestigung sozialer Ungleichheit über Generationen, heißt es im Bericht.«²

Während die Presseaussendung die Aussage der Erhebung zu den Top-10-Prozent nicht aufgreift, findet sich diese prominent in den verschiedenen Zeitungsartikeln zum Sozialbericht wieder. So berichtet *Der Standard* vom 14. Dezember 2010:

»Das Bruttogeldvermögen wuchs in den letzten 30 Jahren um das 1,7-Fache des Bruttoinlandsproduktes. Heute halten die privaten Haushalte 440 Milliarden Euro, an Immobilienbesitz kommt noch einmal das Doppelte dazu. Laut Daten der Nationalbank, deren Experten das entsprechende Kapitel verfasst haben, ist dieses Vermögen stark auf eine Oberschicht konzentriert.

2 Quelle: http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0002/index.shtml (zuletzt zugegriffen März 2022).

Das oberste Fünftel der Haushalte hält 75 Prozent des Immobilienvermögens, das Top Zehntel immer noch 61 Prozent. Vom Wert der ›Nebenimmobilien‹, die vom Eigentümer nicht selbst genutzt werden, halten die oberen zehn Prozent überhaupt gleich 85 Prozent. Umgekehrt besitzen 41 Prozent der Haushalte gar kein Immobilienvermögen.«³

Während dieser Artikel darauf verweist, wer für die wiedergegebenen Zahlen und Statistiken verantwortlich ist, lässt er alle methodischen und epistemologischen Anmerkungen im Bericht außen vor. Eine weitere Modifikation erfahren die Zahlen und Statistiken in einem Artikel in *Die Presse* vom 16. Dezember 2010:

»Auch bei der Verteilung des Immobilienvermögens gibt es eine Konzentration. Das oberste Fünftel hält 75 Prozent des gesamten Immobilienvermögens, und die Top-10-Prozent besitzen 61 Prozent. Auf der anderen Seite haben etwa 41 Prozent der privaten Haushalte in Österreich kein Immobilienvermögen.«⁴

Hier werden nicht nur die methodischen Anmerkungen ausgelassen, sondern auch wer und welche Organisation die Zahlen und Statistiken produziert hat. Damit kommt den Zahlen und Statistiken eine breitere Gültigkeit und auch eine gewisse staatliche Autorität zu, da sie als Teil des vom Sozialministerium veröffentlichten Berichts präsentiert werden.

Später veröffentlichte Artikel und Kommentare, welche die Zahlen, Statistiken und Aussagen aufgreifen, nutzen eine andere Herangehensweise bezüglich der Autor*innenschaft. Anstatt den Sozialbericht anzuführen, in dem die Aussage veröffentlicht wurde, tritt bei diesen die OeNB als Garant für die Richtigkeit der Angaben in den Vordergrund. So zum Beispiel in einem Kommentar von Gerald John zur Grundsteuer in *Der Standard*:

»Laut Erhebung der Nationalbank besitzt das oberste Zehntel der Haushalte 61 Prozent der Immobilien, 41 Prozent besitzen gar nichts. Ein großer Brocken sind nicht als Hauptwohnsitz genutzte Häuser und Wohnungen: Sie

3 Quelle: <http://derstandard.at/1291455112940/Wer-viele-Kinder-hat-ist-schneller-von-Armut-betroffen> (zuletzt zugegriffen März 2022).

4 Quelle: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/618827/Sozialbericht_Kinder-und-Auslaender-armutsgefaehrdet (zuletzt zugegriffen März 2022).

machen nur ein Fünftel aller Immobilien aus, vereinen aber fast die Hälfte des Gesamtwertes.«⁵

Die Nationalbank kann in diesen Formulierungen als Autorität für die Korrektheit der Erhebung und Angaben gelesen werden. In anderen Texten wird oft auf den Wortlaut »laut Nationalbank«⁶ verkürzt. Weitere Informationen zu den Zahlen und Statistiken sind dann nicht mehr notwendig, um sie für die eigene Argumentation als Faktum nutzen zu können.

In einigen Beiträgen lässt sich die Aussage gar gänzlich befreit von allen einschränkenden und relativierenden Zusätzen finden. Das Weglassen aller zusätzlichen Informationen macht daraus eine voraussetzungslose, faktische Aussage über Österreich, die in Artikeln, Interviews und Kommentaren ohne viel Aufwand reproduziert und damit weiter gefestigt werden kann. Beispiele hierfür sind der Artikel »Die Statuspanik der Mittelschicht« von Harald Walser im *Falter* 09/11:

»Der Kultursender Arte brachte es kürzlich in einer Reportage für ganz Europa auf den Punkt: ›Mittelschicht – Angst vor dem Abstieg.« Bei denen, die noch oben sind, macht sich Statuspanik breit. Auch bei uns. In Österreich besitzen die obersten zehn Prozent 61 Prozent aller Immobilien und 54 Prozent des Geldvermögens. Tendenz steigend.«⁷

Oder ein Artikel von Eva Linsinger im *Profil* 18/11:

»Vermögenssteuern würden den gerne zitierten ›kleinen Häuselbauer‹ kaum belasten, denn die obersten zehn Prozent der Österreicher besitzen 60 Prozent des Immobilien- und 53 Prozent des Geldvermögens.«⁸

Und der Artikel von Martin Schürz und Beat Weber in der Zeitschrift *SOS Mitmensch* (MO – Magazin für Menschenrechte 16):

»Und wie sieht die Vermögensverteilung in Österreich aus? Auch hier liegt eine markante Konzentration des Vermögens vor. Die obersten zehn Prozent

5 Quelle: <http://derstandard.at/1315005993957/Debatte-um-Grundsteuer-Risse-in-der-Bastion-der-Haueslbauer> (zuletzt zugegriffen März 2022).

6 Quelle: <http://derstandard.at/1315005525984/Hintergrund-Pro--und-Kontrapunkte-zur-Reichensteuer> (zuletzt zugegriffen März 2022).

7 Quelle: <https://www.falter.at/zeitung/20110302/die-statuspanik-der-mittelschicht/1547100058> (zuletzt zugegriffen März 2022).

8 Quelle: <http://www.profil.at/home/leistung-die-oevp-kampfbegriff-295476> (zuletzt zugegriffen März 2022).

haben einen Anteil von 54 Prozent am gesamten Geldvermögen und sogar von 61 Prozent beim Immobilienvermögen.«⁹

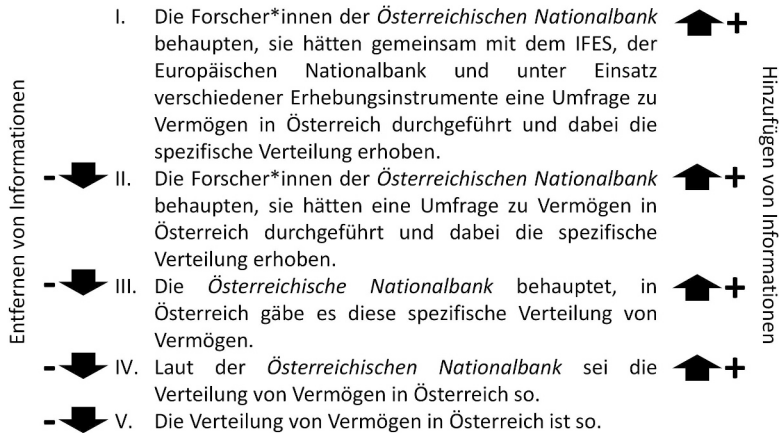
Hier werden aus den Erhebungsdaten Fakten über Österreich. Sie werden Realität. Aus der epistemologischen Aussage »Aufgrund einer Erhebung von Forscher*innen der OeNB kann unter spezifischen Bedingungen und Einschränkungen dafür argumentiert werden, dass in Österreich Immobilienvermögen so und so verteilt sind.« wird die Aussage »In Österreich ist das Vermögen so verteilt.«.

Diese Nutzung der Zahlen, Statistiken und Aussagen in den verschiedenen Medien durch Journalist*innen und Kommentator*innen ist vergleichbar mit dem Umgang von Wissenschaftler*innen mit wissenschaftlichen Aussagen in der von Latour und Woolgar durchgeführten Laborstudie, weil sie die Art der Aussagen verändern, indem sie Informationen oder Modalitäten anfügen oder weglassen (1986, 77ff). Die Modalitäten reichen dabei von Aussagen, die an bestimmte Personen gebunden (z.B. Person A behauptet ...) und nur unter gewissen Bedingungen (z.B. Ergebnisse spezifischer Experimente) gültig sind, bis hin zu einem generell gültigen Faktum, das benutzt werden kann, ohne konkrete Autor*innen oder Voraussetzungen aufweisen zu müssen. In ähnlicher Weise verfahren die zitierten Journalist*innen und Kommentator*innen mit den Modalitäten der verschiedenen Zahlen und Statistiken. Abbildung 5 stellt schematisch die verwendeten Typen von Aussagen dar.

Für Latour und Woolgar bestehe ein Ziel von Wissenschaft und Wissenschaftler*innen darin, Aussagen zu generieren und zu etablieren, die mit möglichst wenigen Modalitäten versehen sind (1986, 81). Dies sei eine zentrale Ressource und Arbeitsweise wissenschaftlicher Praxis. Eine Aussage ohne viele Modalitäten bedeutet dann, etwas als gegeben annehmen zu können. Es ermöglicht auch, auf vergangener und aktueller Forschung aufzubauen, um nicht immer von vorn beginnen zu müssen. Die An- oder Abwesenheit zusätzlicher Informationen bei Aussagen ist folglich auch in den zitierten Beiträgen ein zentraler Aspekt, um eigene Argumente, Überlegungen und Beobachtungen zu untermauern oder zu widerlegen. So ist es eine Strategie der Gegner*innen der Erhebungen der OeNB, entweder eine Person für die Zahlen, Statistiken

9 Quelle: <http://www.sosmitmensch.at/site/momagazin/alleausgaben/16/article/322.html> (zuletzt zugegriffen März 2022).

Abbildung 5: Typen von Aussagen zur Verteilung von Immobilienvermögen in der öffentlichen Berichterstattung gereiht nach entfernten/hinzugefügten Informationen bzw. Modalitäten.



(angelehnt an Latour und Woolgar 1986, 82)

und Aussagen verantwortlich zu machen oder die methodischen Anmerkungen gegen die Erhebungen zu richten, also die Modalitäten wieder, und zwar gegen die Richtigkeit der Aussagen selbst, ins Spiel zu bringen (siehe dazu das kommende Kapitel zu *Allianzen und Konflikte*).

In eine andere Richtung gehen die angeführten Artikel, welche die Aussage »Die obersten 10 Prozent besitzen 61 Prozent des Immobilienvermögens.« (im Folgenden abgekürzt als 10-Prozent-Aussage) als bedingungslose Beschreibung Österreichs anführen. Die Aussage wird am überzeugendsten und für die eigenen argumentativen Zwecke und Arbeiten am hilfreichsten, wenn sie mit möglichst wenigen zusätzlichen Informationen über ihre Produzent*innen und Produktionsbedingungen verknüpft werden muss. Anstatt über eine Erhebung schreiben zu müssen, kann dadurch direkt über Österreich geschrieben werden. Das scheint häufig, so stellt es sich in den betrachteten Beiträgen dar, das vorrangige Ziel der Autor*innen von Zeitungsartikeln und der Kommentator*innen zum politischen und sozialen Geschehen zu sein.

Neben den Artikeln über den Sozialbericht 2009-2010 wurden die Zahlen und Statistiken von verschiedenen Seiten auch für die eigene sozialpolitische

Betätigung, für Ziele und Argumente genutzt. Die ausführlichste Auseinandersetzung in diesem Sinne findet sich auf dem Weblog des österreichischen Autors und Journalisten Robert Misik. Dieser gibt die verschiedenen Zahlen nicht nur wieder, sondern versucht durch Paraphrasieren, ihre politische und soziale Relevanz herauszustreichen. Die 10-Prozent-Aussage und die Aussage, etwa 41 Prozent besäßen überhaupt kein Immobilienvermögen, formuliert er folgendermaßen um:

»Um das noch einmal anschaulich zu machen: Man stelle sich zehn Österreicher/innen vor und 100 schöne Häuser. Der erste, der zweite, der dritte, der vierte besitzt kein einziges dieser Häuser. Der fünfte besitzt zwei. Der sechste besitzt fünf, der siebte besitzt acht, der achte besitzt zehn, der neunte besitzt 14. Und nur einer konzentriert auf sich den großen Rest: Er hat die verbleibenden 61 Häuser! ganz für sich allein.«¹⁰

Er verweist auch auf den Produktionszusammenhang der Zahlen, indem er erwähnt, dass die Forscher*innen durch vorsichtige Schätzungen auf Basis der Datenlage zu diesen Zahlen gekommen seien, wobei wahrscheinlich alles noch schlimmer sei, wie er anhand eines Vergleiches mit einer anderen Erhebung interpretiert.

Darüber hinaus greifen neben Zeitungen und Weblogs auch verschiedene Nichtregierungsorganisationen die Ergebnisse auf. So nutzt die Armutskonferenz¹¹ – ein Netzwerk aus verschiedenen Sozialorganisationen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen – die Zahlen des Sozialberichts in einer Presseaussendung, um für die Einführung der Erbschaftssteuer zur Finanzierung der Pflege zu plädieren. Das Netzwerk argumentiert, dass bei der Pflege die mittleren und unteren Haushalte voll belastet würden, was einer 100-prozentigen Erbschaftssteuer gleichkomme. Schließlich müssten kleinere und mittlere Einkommen ihre gesamten Ersparnisse für das Altenheim aufbringen. Die geforderte Vermögens- und Erbschaftssteuer könne für die Finanzierung der Pflege verwendet werden und würde nur eine Minderheit der Bevölkerung betreffen. Um einzuschätzen, wie viel eine entsprechende Steuer einbringen würde, und um zu argumentieren, dass nur eine kleine Gruppe davon betroffen wäre, greift das Netzwerk auf die Daten der OeNB zurück:

10 Quelle: http://misik.at/2010/12/neue_daten_noch_mehr_ungleichheit_in_osterreich/ (zuletzt zugegriffen März 2022).

11 Quelle: [http://www.armutskonferenz.at/\(zuletzt_zugegriffen_März_2022\)](http://www.armutskonferenz.at/(zuletzt_zugegriffen_März_2022)).

»Laut Daten der Österreichischen Nationalbank (für das Jahr 2008) liegt das durchschnittliche Immobilienvermögen bei rund 250.000 Euro. Das durchschnittliche Geldvermögen liegt (laut Sozialbericht 2007-2008) bei rund 55.000 Euro, also weit entfernt von den Freigrenzen von 500.000 bzw. 1 Mio. Euro. Zudem besitzen aufgrund der besonders ungleichen Verteilung jeweils rund 75 Prozent der Haushalte weniger als der durchschnittliche Haushalt. Selbst bei Freibeträgen von »nur« 500.000 Euro wären weniger als 10 Prozent in Bezug auf ihre Immobilienvermögen betroffen.«¹²

Mehrere Kommentator*innen in verschiedenen Zeitungen nutzen die Zahlen und Statistiken für ähnliche Argumente.¹³

9.2 Koproduktion und Public Understanding of Social Science

Aus Zahlen und Statistiken werden in Kommentaren und Stellungnahmen Argumente für eine bestimmte wirtschaftspolitische Agenda, die von Aktivist*innen, Kommentator*innen und Journalist*innen in die aktuellen politischen Auseinandersetzungen eingebunden werden. Die Art, wie dies geschieht, geht weit über die Berichte der OeNB hinaus. So werden Aussagen produziert, die so nie explizit von der OeNB getätigt wurden. Auch wenn die Formulierung im Sozialbericht, dass die Konzentration bei der Immobilienvermögensverteilung beträchtlich sei (Andreasch u.a. 2010, 248), bereits eine Bewertung der Zahlen und Statistiken darstellt, erhält sie ihre eindeutige Bedeutung in Bezug auf konkrete politische Forderungen und Maßnahmen vor allem in der argumentativen Nutzung durch Journalist*innen, Aktivist*innen und Kommentator*innen, weil sie sie als etwas auszeichnen, das für bestimmte Argumente und (politische) Entscheidungen von Relevanz sind. Diese Art der öffentlichen Nutzung, Verwendung und Modifikation bezeichnet Sheila Jasanoff (2006) mit dem Begriff der sozialen Koproduktion wissenschaftlichen Wissens. Aktivist*innen, Journalist*innen und Kommenta-

12 Quelle: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110706_OTSo144/erbschaftssteuer-fuer-gute-und-leistbare-pflege (zuletzt zugegriffen März 2022).

13 Siehe z.B. den Artikel von Eva Linsinger veröffentlicht im *Profil* am 30.04.2011: [tps://www.profil.at/home/leistung-die-oevp-kampfbegriff-295476](https://www.profil.at/home/leistung-die-oevp-kampfbegriff-295476) (zuletzt zugegriffen März 2022). Oder den Artikel von Julia Ortner *Die Presse* vom 26. Juli 2010: http://diepresse.com/home/meinung/ortnerprinzip/583502/Das-Ortner-Prinzip_Die-Paranoia-der-Besitzenden (zuletzt zugegriffen März 2022).

tor*innen sind demnach mehr als reine »Vermittler*innen« (Latour 2005) wissenschaftlicher Ergebnisse, weil sie sie mitgestalten, umformen und daran beteiligt sind, sie als sozial relevantes Wissen zu verfestigen.

Damit ist die Grundlage dafür geschaffen, wie Zahlen und Statistiken überhaupt in Auseinandersetzungen und Entscheidungsprozessen Bedeutung erhalten können. Die Nutzung stellt zugleich einen Grund dar, warum es überhaupt Erhebungen zu Vermögen gibt und geben kann. Durch die Einbeziehung von Aktivist*innen, Journalist*innen und Kommentator*innen sowie die Zivilgesellschaft (civic epistemology Jasanoff 2005) in die Produktion von statistischen Aussagen kann hier von einer Koproduktion sozialwissenschaftlichen Wissens gesprochen werden, von einer gemeinsamen Produktion wissenschaftlichen Wissens durch Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Oder anders ausgedrückt: Dass die Zahlen und Statistiken der OeNB für Österreich stehen können, lässt sich nicht allein anhand der Praktiken der Wissenschaftler*innen nachvollziehen.

In den Sozialwissenschaften ist diese koproduktive Eigenschaft wissenschaftlichen Wissens durch eine spezifische Kontextualisierung in der medialen Berichterstattung vielleicht sogar noch unmittelbarer gegeben und stärker ausgeprägt als in den Natur- und Technikwissenschaften. So werden sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse nicht im Ressort Wissenschaft, sondern im Ressort Politik und Wirtschaft platziert (Cassidy 2008; 2021). In einer Erhebung von Badenschier und Wormer (2012, 60), die Wissenschaftsberichterstattung getrennt nach wissenschaftlichen Themengebieten in führenden deutschen Zeitungen untersucht, findet sich unter den zehn am häufigsten berichteten Disziplinen nicht eine sozialwissenschaftliche. Auch die hier angeführten Artikel wurden nicht in der Kategorie Wissenschaft geführt, sondern waren Teil der Berichterstattung zur Innenpolitik. Das hat Auswirkungen darauf, wie über Zahlen und Statistiken berichtet, welche Rolle den Sozialwissenschaften zugeschrieben und welches Bild von Sozialwissenschaften gezeichnet wird. So wird sozialwissenschaftliche Arbeit hauptsächlich im Zusammenhang mit ihrem Nutzen für politische Entscheidungsfindung und Argumentationen besprochen und beschrieben. Eine ausführlichere Auseinandersetzung außerhalb dieses Zusammenhangs fand in der medialen Berichterstattung zur Erhebung der OeNB z.B. nicht statt.

Insofern unterscheiden sich die Sozialwissenschaften grundlegend von den Natur- und Technikwissenschaften. Was Badenschier und Wormer (2012, 63) mit der Bezeichnung *pulling in* als Ausnahme für die Naturwissenschaften beschreiben, ist für die Sozialwissenschaften eher die Regel. *Pulling in* bedeu-

tet, dass bestimmte Ereignisse wie der Ausbruch einer Pandemie zu einer erhöhten Nachfrage nach Artikeln und Beiträgen naturwissenschaftlicher Forschung (außerhalb des Wissenschaftsresorts) führen. Durch die spezifische Kontextualisierung geht allerdings verloren, dass Sozialwissenschaften auch ohne den unmittelbaren politischen Verwertungszusammenhang von Bedeutung und Interesse sein können. Dass Sozialwissenschaften und ihre wissenschaftliche Gemeinschaft durchaus in der Lage sind, eigenständig Themen und Probleme anzusprechen, die es wert sind, wissenschaftlich bearbeitet zu werden, wird in den Hintergrund gedrängt.

Darüber hinaus bleiben dadurch auch methodische und thematische Besonderheiten sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeiten, die Relevanz für die Nutzung der Ergebnisse in der Berichterstattung zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben, in der öffentlichen Auseinandersetzung weitgehend ausgespart. So sind beispielsweise die methodischen Schwierigkeiten, mit denen die Forscher*innen der OeNB konfrontiert waren, in den Artikel zu der Erhebung der OeNB eher untergegangen. Über die Arbeit, die zur Produktion der Zahlen und Statistiken notwendig war, wurde kaum berichtet, was dazu führte, dass den Ergebnissen, den Zahlen und Tabellen, Autorität verliehen wurde. Die größte Autorität kommt Zahlen und Statistiken zu, wenn jede Verbindung zu ihren Produzent*innen und den Produktionszusammenhängen und -bedingungen gekappt wird.

Aber selbst die Aufnahme in den Wissenschaftsteil von Zeitungen würde nicht alle Probleme beseitigen, denn das Überwechseln von Forschungsergebnissen aus der Arena der Wissenschaft in die Arena der öffentlichen Repräsentation führt zu weiteren Problemen. Ein Wechsel zwischen verschiedenen Praktiken und *social sites* erfolgt nicht ohne Adaptierungen und Modifikationen, also nicht ohne Übersetzungen (Callon 1987). So ist die Arena der öffentlichen Repräsentation durch ein angespanntes Verhältnis zwischen Objektivität und Sensationalismus geprägt:

»While journalists strive to objectively report scientific developments and offer balanced criticism, they must also sensationalise and scaremonger in order to attract an audience and ›sell‹ newspapers, magazines, websites and television programmes« (Elliott 2012, 87).

Außerhalb der Wissenschaftsberichterstattung, in der die Repräsentation wissenschaftlicher Ergebnisse nicht dazu dient, die Leser*innen über Vorgänge in der Forschung zu informieren, sondern die Ergebnisse für politische, soziale und/oder ökonomische Argumentationen zu nutzen, ist

dieses Verhältnis noch ungleich angespannter: In wenigen Worten muss die Objektivität und Relevanz der benutzten Forschungsergebnisse dargelegt werden, damit die Autor*innen sich dem eigentlichen Thema des Artikels widmen können. Hierbei bleibt dann nur wenig Zeit und Platz für eine umfassende Auseinandersetzung mit der Forschungsarbeit oder für ein komplizierteres Bild des Verhältnisses von Forschung, Politik und Medien.

Die Berichterstattung und Nutzung der Ergebnisse der Erhebung der OeNB waren deswegen durch eine starke Verkürzung und Entproblematisierung der Zahlen und Statistiken gekennzeichnet. Alle Modalitäten, die die Zahlen und Statistiken konkretisierten und ihnen eine Spezifik verliehen, wurden unterschiedlich umfassend entfernt und die Zahlen und Statistiken damit abstrakter und allgemeingültiger gemacht. Dabei bedienten die Autor*innen durchgehend ein stark normativ-positivistisches Bild der Wissenschaft. So beschrieben sie die Zahlen und Statistiken vorwiegend als Abbildungen von Österreich anstatt als Produkte bzw. Konstruktionen, die auf bestimmten Forschungspraktiken basieren. Da Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehnachrichten für viele Menschen die Hauptquellen ihrer wissenschaftlichen Informationen sind (Elliott 2012, 87), ist eine umfassendere Auseinandersetzung mit sozialwissenschaftlicher Forschung in den Medien angebracht. Und das nicht nur, weil die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung von Medien oft und gerne aufgegriffen und genutzt werden, sondern weil darüber in den Medien selbst wenig Reflexion stattfindet.